

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/234

7. Dezember 1976

Neue große Aufgaben für die SPD

Die Zeit nach dem Auseinanderbrechen der "Union"
Seite 1 / 26 Zeilen

Europa steht vor kommunistischer Herausforderung

Jetzt: KP-Fraktionen in der WEU und im Europarat

Von Klaus Richter MdB
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des
Europarates

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Münchens SPD setzt einen neuen Anfang

Aber die Chance muß solidarisch genutzt werden

Von Max von Heckel
Vorsitzender der Münchner SPD und Kandidat der SPD
für das Amt des Münchner Oberbürgermeisters

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Das Warnzeichen aus dem Bürgerbräukeller

Ein betrübliches Nachspiel zu der Rudel-Generals-
Affäre

Von Uwe Lambinus MdB
Mitglied des Rechtsausschusses im Bundestag und
Vorstandmitglied des SPD-Landesverbandes Bayern

Seite 6 und 7 / 56 Zeilen

Chetredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hörsingallee 2-12, 5300 Bonn 12
Postfach: 121438
Presschaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 38/39
Telex: 28 68 848-AB cobe d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 375611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Neue große Aufgaben für die SPD

Die Zeit nach dem Auseinanderbrechen der "Union"

Das von dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und seiner Crew provozierte abrupte Ende der 27jährigen "Union" der zwei christlichen Parteien, die sich im Laufe der Jahre immer mehr bis zum heutigen Bruch aus- und gegeneinandergelegt hatten, hat in der noch kurzen Geschichte der zweiten deutschen Demokratie zweifellos seinen politisch-historischen Platz. Es wird noch geraumer Zeit bedürfen, bis man in allen Einzelheiten den geradezu dramatisch-razanten Ablauf der Ereignisse vor und seit den einsam-Überfallartigen Beschlüssen von Wildbad Kreuth vor sich liegen hat. Schon jetzt aber läßt sich sagen, daß das Auseinanderbrechen der "Union" und die sich daraus zwangsläufig ergebenden diametralen Entwicklungen zwischen den beiden früheren Schwester-Parteien noch auf absehbare Zeit hinaus keine Ruhe im politisch-parteilichen Bereich der Bundesrepublik zulassen wird. Der in sich jetzt völlig aufgestörte Mitte-Rechts-Bereich wird erst allmählich zu neuen Sammlungen finden müssen, mit denen man als fest oder zumindest doch greifbare Größen wird rechnen können.

Während dieser Zeit und bis dahin ist äußerste Vorsicht und Aufmerksamkeit am Platze, damit schon bei den ersten Andeutungserkenntnissen dafür gesorgt wird, daß sich in der Innenpolitik keine Entwicklungen anbahnen, die dem demokratischen Staat und seiner demokratischen Gesellschaft Schaden zufügen könnte. Die Aufgabe, die unter diesen Umständen auf die SPD zukommt, wird ihre ganze Kraft in Anspruch nehmen. Nur sie und die ihr verbündete FDP sind in der Lage, die Bundesrepublik nach innen und nach außen zu stabilisieren und damit auch abzusichern. Es liegt im vollsten Interesse der Gesamtheit, daß diese Periode nicht allzulange dauert.

(ee/7.12.1976/va/ee)

+ + +

Europa steht vor kommunistischer Herausforderung

Jetzt: KP-Fraktionen in der WEU und im Europarat

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Ein herausragendes Ereignis der Wintertagung der WEU-Versammlung in Paris war zweifellos die Konstituierung einer eigenen Fraktion durch die in der Versammlung vertretenen Mitglieder der kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs. Bisher hat die Anzahl kommunistischer Abgeordneter nicht ausgereicht, um eine eigene Fraktion zu bilden. Das italienische Parlament hat jedoch jetzt eine neue Delegation für Europarat und WEU gewählt, in der mehrere Kommunisten vertreten sind. Zusammen mit den Vertretern der französischen KP sind nun insgesamt 16 kommunistische Abgeordnete in der WEU-Versammlung vertreten. Acht davon sind ordentliche Mitglieder (sechs Italien, zwei Frankreich).

Zur Fraktionsbildung sind nach den Statuten der WEU-Versammlung eigentlich neun ordentliche Mitglieder der Versammlung erforderlich. Das Büro der Versammlung unter Leitung von Präsident Nessler, einem Abgeordneten der gaullistischen UDR, hat diese Regel jedoch großzügig ausgelegt und den Stellvertretern den gleichen Status zugestanden wie den ordentlichen Mitgliedern. In der Tat konnten in der Vergangenheit stellv. Mitglieder der WEU-Versammlung und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates alle Aufgaben eines ordentlichen Mitglieds wahrnehmen. Sie konnten Ausschußmitglieder sein und dort auch Berichte und Leitungsfunktionen übernehmen.

Was vielen Beobachtern entgangen ist: Die italienischen Christdemokraten haben keinen Versuch gemacht, die Fraktionsbildung zu verhindern. Im Gegenteil haben sie diese Fraktionsbildung kräftig unterstützt. Zwei italienische Kommunisten sind jetzt auch im Verteidigungsausschuß der WEU-Versammlung vertreten. Die bisher schon in der Versammlung vertretenen französischen Kommunisten arbeiten nicht in diesem Ausschuß mit. Man muß jetzt abwarten, wie die Mitarbeit der italienischen Kommunisten im

Verteidigungsausschuß der WEU-Versammlung sich entwickeln wird. Viele Beobachter stehen diesem Experiment mit großer Skepsis gegenüber. Es wird zu Recht befürchtet, daß dem Verteidigungsausschuß jetzt kaum noch empfindliche Informationen gegeben werden. Das war früher anders. Auffällig war allerdings, daß die italienischen Kommunisten in ersten Stellungnahmen durchaus eine kooperationsbereite Haltung erkennen ließen, während französische Kommunisten ihre Mitgliedschaft in der WEU-Versammlung häufig zur Obstruktion benutzten. Bei der weiteren Arbeit der Versammlung wird also auch interessant sein, zu beobachten, in wie weit die italienischen und französischen Kommunisten politisch gemeinsam handeln und zu den Themen, die in der WEU-Versammlung diskutiert werden, einheitlich Stellung nehmen.

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wird sich in Kürze der gleiche Prozeß vollziehen. Auch hier wollen die Kommunisten eine eigene Fraktion bilden. Dies wird sich in der Januarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zeigen. Die Fraktionsbildung der Kommunisten in der WEU-Versammlung und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates spiegeln die gewachsene Stärke der kommunistischen Parteien in Westeuropa wider. Gefordert ist jetzt eine politische Antwort auf die Herausforderung, vor der wir in Europa stehen. Dabei wird zu unterscheiden sein zwischen kommunistischen Parteien, die einen für uns wünschenswerten Prozeß des Unabhängigwerdens von Moskau und der Demokratisierung im Sinne der Anerkennung demokratischer Spielregeln und der innerparteilichen Demokratie einleiten und konsequent zu gehen bereit sind und solchen, die den traditionellen Weg kommunistischer Strategie und Taktik beibehalten.

Die WEU-Versammlung und die Parlamentarische Versammlung des Europarates sind demokratische Institutionen, und wir sollten die kommunistischen Parteien, die dort jetzt als Fraktionen vertreten sein werden, an dem Anspruch messen, der mit parlamentarisch-demokratischen Institutionen verbunden ist.

(-/7.12.1976/bgy/pr/e)

+ + +

Münchens SPD setzt einen neuen Anfang

Aber die Chance muß solidarisch genutzt werden

Von Max von Heckel

Vorsitzender der Münchner SPD und Kandidat der SPD für
das Amt des Münchner Oberbürgermeisters

Es ist leider wahr, daß die Konsolidierung der Münchner SPD, die in den letzten Monaten unbestreitbar erreicht werden konnte, in der Öffentlichkeit durch spektakuläre Erklärungen einzelner SPD-Politiker verdeckt wurde. Ich bin aber zuversichtlich, daß es jetzt in der Münchner SPD nach den langanhaltenden Schwierigkeiten tatsächlich gelingt, einen neuen Anfang zu machen, einen neuen Anfang im Sinne der Integration, der Versachlichung, der Konzentration aller politischen Kräfte auf eine bürger-nahe Politik und der harten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Sicher: Von "neuem Anfang" war in der Münchner SPD schon öfters die Rede gewesen, und die weitere Entwicklung hat diese Hoffnungen dann häufig nicht erfüllt. Jetzt aber haben wir in der Münchner SPD nicht nur gute Vorsätze gefaßt, sondern mit den Entscheidungen des Vorstands auch die personellen und sachlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Integration gelingt. Der Spitzenmannschaft, mit der die Münchner SPD in den Kommunalwahlkampf ziehen wird, gehören zwei stellvertretende Vorsitzende der jetzigen Stadtratsfraktion an (der eine ist überdies Vorsitzender der Münchner Arbeiterwohlfahrt, der andere Betriebsratsvorsitzender in einem Münchner Großbetrieb), und damit ist die Kontinuität der sozialdemokratischen Kommunalpolitik in München auch personell deutlich dargestellt. Daß der Spitzenmannschaft daneben auch noch der Vorsitzende des Münchner Gewerkschaftsbundes angehört, zeigt deutlich, daß das seinerzeit angespannte Verhältnis zwischen SPD und DGB in München der Vergangenheit angehört und durch eine Phase intensiver Zusammenarbeit abgelöst wird.

Ich persönlich habe mich gefreut, daß sich zahlreiche Ortsvereine, acht von elf Kreisverbänden und die wichtige Arbeitsgemeinschaft für Ar-

beitnehmer für meine Nominierung zum SPD-Kandidaten für das Amt des Münchner Oberbürgermeisters ausgesprochen haben. Das einhellige Vorstandsvotum ohne Gegenstimme verschafft eine gute Startposition für einen selbstbewußt und geschlossen geführten Wahlkampf der Münchner Sozialdemokraten.

Die nächsten Monate müssen genutzt werden, um allen Münchner Wählern deutlich zu machen, daß die von Thomas Wimmer eingeleitete und von Hans-Jochen Vogel und Georg Kronawitter fortgesetzte Kommunalpolitik zum Wohle der Stadt weitergeführt werden soll. Daß die Münchner stolz sind auf ihre Stadt und gern in ihr leben, ist die beste Anerkennung für diese jahrzehntelange sozialdemokratische Kommunalpolitik, die diese Stadt entscheidend mitgestaltet hat.

Wir werden aber nicht nur mit einer beachtlichen Leistungsbilanz vor die Wähler treten, sondern auch mit klaren Perspektiven für die Zukunft. Wir werden in einem kommunalpolitischen Programm den Bürgern deutlich machen, wie wir die Wirtschaftsstruktur Münchens erhalten und stärken wollen, wie wir den Wohnraum in vielen Stadtteilen sanieren möchten, wie das Wohnumfeld in der Stadt weiter verbessert werden kann und wie die Beteiligung der Bürger an den kommunalen Entscheidungen zu verstärken ist.

Kein Münchner Sozialdemokrat macht sich nach den zwei Wahlniederlagen Illusionen über unsere Wahlchancen 1978, es besteht aber auch kein Grund zur Resignation. Der Bruderkrieg der "Unions"-Parteien, die personalpolitische Ratlosigkeit der Münchner CSU in der Oberbürgermeister-Frage und die zunehmend offenkundiger werdenden Schwächen der bayerischen CSU-Steuerregierung bieten durchaus eine Chance, die Schwarzen in München - ob das nun eine Partei ist oder zwei - in die Schranken zu weisen. Diese Chance muß solidarisch genutzt werden. (-/7.12.1976/va/pr/ee)

+ + +

Das Warnzeichen aus dem Bürgerbräukeller

Ein betrübliches Nachspiel zu der Rudel-Generals-Affäre

Von Uwe Lambinus MdB

Mitglied des Rechtsausschusses im Bundestag und Vorstandemitglied
des SPD-Landesverbandes Bayern

Als eine von der Masse getragene Ideologie existiere der Nationalsozialismus heute sicherlich nicht mehr, hatte der Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen für die Verfolgung von NS-Gewaltverbrechern in Ludwigsburg, Oberstaatsanwalt Dr. Adalbert Rückerl, noch am Wochenende auf der Jahreshauptversammlung des Zentralverbandes Demokratischer Widerstands- und Verfolgtenorganisationen Bayern in München festgestellt. Rückerl warnte aber: "Ebeneo sicher ist aber, daß er auch heute noch in den Gehirnen einiger unbelehrbarer Fanatiker spukt. Ihr Fanatismus treibt sie dazu, ihre verbohrtten Ansichten mit allen Mitteln, um nicht zu sagen mit aller Gewalt zu verbreiten."

Gespensatischer Hintergrund: Gleichzeitig mit Oberstaatsanwalt Rückerls mahnenden Worten verdeutlichte eine Horde wildgewordener Teilnehmer einer Kundgebung der rechteradikalen "Deutschen Volksunion" im Münchner Bürgerbräukeller ihren Wahrheitsgehalt. Als der Pariser Rechtsanwalt Serge Klarsfeld als Jude gegenüber dem "Ehrengast" Oberst a.D. Hans Ulrich Rudel "die andere Meinung" vertreten wollte, wurde er brutal von der Podiumstreppe hinuntergestoßen und durch die Stuhlreihen aus dem Saal gezerrt. Dabei prasselten Boxhiebe und Handkantenschläge von jenen unbelehrbaren Fanatikern auf ihn nieder, die sich für bessere Deutsche halten. Und "Ehrenmann" Rudel, den Veranstalter und "Nationalzeitung"-Herausgeber Dr. Gerhard Frey einen "unsterblichen Nationalhelden des deutschen Volkes" nannte, sah mutigen Blickes ungerührt zu,

wie die Mautz Serge Klarsfeld zusammenschlug. Ein Paradebeispiel für Feigheit. Von solchen "Helden" wollen wir Demokraten nichts mehr wissen, die die "andere Meinung" niederknüppeln, vor der Auseinandersetzung mit der unbequemen Wahrheit aber kneifen.

Hätte es eines endgültigen Beweises für die Richtigkeit der Maßnahme des Bundesverteidigungsministers Georg Leber bedurft, als er die Luftwaffengeneräle Krupinski und Franke wegen ihres ungeheuren schmutzigen Vergleichs zwischen dem "Helden" Rudel und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner feuerte, die Vorgänge im Bürgerbräukeller haben diesen Beweis geliefert. An die Adresse dieser und ähnlicher Herren: Rudel hat sich nicht politisch geläutert, er ist ein unbelehrbarer, verbohrter und fanatischer Altnazi geblieben. Dies ihrem Neumitglied General i.R. Krupinski beizubringen, ist nun die Aufgabe der CDU. Ob diese Partei das schafft, wage ich zu bezweifeln, wenn nicht einmal ihr wehrpolitischer Sprecher Wörner das begriffen hat. Ihm stünde es gut an, der Öffentlichkeit zu offenbaren, daß er mit Rudel nichts gemein hat. In diesem Zusammenhang würde auch entsprechendes Bedauern über bisheriges Verhalten gegenüber Minister Leber als Geste des guten Willens und der Einsicht dem Abg. Wörner gut zu Gesicht stehen. Dann fiel es der CDU, allen voran auch dem Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl, leichter, diese Affäre in ihrem objektiven historischen Licht zu sehen. Gleiches wäre für die CDU-Parlamentarier angebracht, doch hier ist die Hoffnung gar weit entfernt. Als positive Folge der Affäre könnte die notwendige Reform des Traditionserlasses der Bundeswehr von allen Parteien mitgetragen werden.

Ganz gewiß ist die Ideologie des Nationalsozialismus, wie Oberstaatsanwalt Rückert bemerkte, keine von irgendeiner Masse getragene Ideologie mehr; dazu ist unsere Demokratie zu stabil und zu sehr gefestigt. Doch sie kann es nur bleiben, wenn alle Demokraten einem "Bürgerbräu-Gewölle" und denen mutig entgegentreten, die schon einmal aktiv mitgeholfen haben, Deutschland in das Chaos zu stürzen.

Nach ein Wort zu Veranstalter Frey: Ich rechne ihm nicht hoch an, daß er Klarsfeld nur als "Subjekt" beschimpfte und ihn nicht als "Drecksjude" bezeichnete. In gewissen Kreisen war und ist das wohl üblich.

(-/7.12.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller